

Information nach § 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Seit dem 25.05.2018 ist die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) europaweit wirksam. Diese Vorschrift verpflichtet mich, Sie bei der Erhebung Ihrer personenbezogenen Daten wie folgt zu informieren:

Zweck der Datenverarbeitung

Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten

Verantwortlicher

Stadt Troisdorf, Der Bürgermeister, Kölner Str. 176, 53840 Troisdorf, Tel. 02241/9000, E-Mail rathaus@troisdorf.de

Verantwortliche Dienststelle: Rechts- und Ausländeramt, Zentrale Vergabestelle

Behördlicher Datenschutzbeauftragter

Stadt Troisdorf, Datenschutzbeauftragter, Kölner Str. 176, 53840 Troisdorf, Tel. 02241/900331, E-Mail: datenschutz@troisdorf.de

Rechtsgrundlage

Als Rechtsgrundlage für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten dienen Artikel 6 Abs. 1 Buchstabe c) DSGVO in Verbindung mit Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) und der Strafprozessordnung (StPO).

Kategorie der Daten

Es werden nur solche Daten verarbeitet, die unbedingt notwendig sind, um die Aufgabe ordnungsgemäß bearbeiten zu können. Es sind dies insbesondere Name, Vorname und Kontaktdaten des Beschuldigten.

Kategorie der betroffenen Personen

Personen gegen die ein Verfahren zur Verfolgung und Ahndung einer Ordnungswidrigkeit eröffnet wurde

Form der Verarbeitung

Für die Datenverarbeitung werden IT-Verfahren genutzt, die in meinem Auftrag zweck- und weisungsgebunden durch einen Dienstleister in der Europäischen Union (EU) oder dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) betrieben werden. Der Dienstleister erfüllt dabei die Vorgaben der DSGVO. Darüber hinaus werden personenbezogene Daten in einer systematisierten Akte verarbeitet.

Empfänger

Die Daten werden unter Umständen im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben an Justizbehörden und weitere nach der Strafprozessordnung und dem OWiG berechnigte Stellen weitergegeben. Eine Übermittlung im Rahmen der dienstlichen Weiterverarbeitung erfolgt an die Stadtkasse der Stadt Troisdorf.

Speicherungsdauer

Personenbezogene Daten werden grundsätzlich gelöscht, sobald der Zweck der Verarbeitung entfallen ist. Ergänzend gelten die Regelungen der §§ 46 ff. OWiG in Verbindung mit § 489 StPO.

Betroffenenrechte

Sie haben folgende Rechte, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind:

- Auskunftsrecht (Art. 15 DSGVO),
- Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO),
- Recht auf Löschung und auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 17, 18 DSGVO),
- Recht auf Widerspruch gegen die Datenverarbeitung (Art. 21 DSGVO),
- Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde (Art. 57 Abs. 1 Buchstabe f) DSGVO).

Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde:

Sie haben das Recht, sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren, wenn Sie der Auffassung sind, dass die Datenverarbeitung gegen geltendes Recht verstößt. Aufsichtsbehörde für das Land Nordrhein-Westfalen: Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Tel. 0211/384240, E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de.